

„INSELWEGE“ - Diskussionsrunde bei Meetz am 21. November 2018

Zum Gespräch über „Inselwege“ lud die WUW Bürgergemeinschaft Fehmarn am Mittwoch, dem 21. November 2018, um 19 Uhr in den „Gasthof Meetz“ nach Bannesdorf. Auf reges Interesse stieß das Thema bei der einheimischen Bevölkerung, 49 Personen nutzten die Chance zur Information und Diskussion bei der zweistündigen Veranstaltung.

Gunnar Mehnert stellte eingangs heraus: „Wir werden heute zu keinen Ergebnissen kommen, aber wir brauchen ein Brainstorming, wie wir versuchen können, die großen Probleme in den Griff zu bekommen. Würden wir 350 Kilometer Straße sanieren, würde uns das - bei Kosten von 250.000 € pro Kilometer - rund 80 bis 90 Millionen Euro kosten. Wir können aber nur 2,5 bis 3 Millionen Euro jährlich investieren, hinzu kommen Instandhaltungskosten von 1 bis 1,5 Millionen Euro.“

Lars Laußat vom Fachbereich Bauen und Häfen der Stadtverwaltung Fehmarn stellte anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation die Gesamtsituation einschließlich der Rahmenbedingungen dar. Durch das vorhandene Wegenetz wird die Bedeutung der einzelnen Wege ebenso ermittelt wie Maßnahmenbedarf und -priorisierung.

Insgesamt umfasst das Wegenetz auf Fehmarn rund 600 Kilometer, davon entfallen etwa 350 Kilometer auf befestigte Wege. Straßenneu- und -ausbau, Straßenunterhaltung und -verwaltung, Straßenerhaltung und -betrieb wurden angesprochen. Nicht außer Acht gelassen werden darf die Abwägung einzelner Interessengruppen von den Anliegern über die Feuerwehr und Müllabfuhr über Landwirtschaft und ÖPNV bis hin zur Stadt- und Verkehrsplanung. Große Probleme bereiten der heimischen Bevölkerung die Straßenausbaubeiträge.

Voraussichtlich zwischen März und Mai wird erstmals ein Katasterwerk vorliegen, das über den Zustand der Straßen Auskunft geben soll. Gunnar Mehnert erklärte, dass dieses zwar 120.000 € kosten würde, aber insbesondere für Fördermittel als Nachweis benötigt werde.

Hans-Peter Thomsen erklärte, dass die Verkehre sich geändert haben, die Straßen heutzutage - auch durch größere landwirtschaftliche Fahrzeuge - einer größeren Belastung ausgesetzt sind. Daher seien auch die Schäden größer und die Kosten gestiegen. Werner Ehlers (CDU) pflichtete ihm bei: „Wir machen das, was für uns am wichtigsten ist.“ Gunnar Mehnert fügte hinzu, dass die Baupreise „wahnsinnig gestiegen“ seien.

Die Frage wurde aufgeworfen, ob man alle Richtlinien und Normen auch bei kleinen Straßen umsetzen müsse? Lars Laußat gab zu bedenken, dass eine Nichtbeachtung „in Richtung Veruntreuung gehen kann“.

„Man sollte die alten Decken lassen wie sie sind und einfach überasphaltieren. Die Banketten sofort ausbauen, die Straßenentwässerungsgräben glatt machen. Wir sollten aufs Festland in die ehrenamtlich geführten Gemeinden schauen, da funktioniert's.“ Das Publikum tat seine Zustimmung durch lauten Beifall kund.

„8 cm Teer und der Weg ist in Ordnung. Für Reparatur braucht man keine großen Investitionspläne!“ Lars Laußat äußerte Bedenken: Bei zu wenig Substanz kann man nicht mehr oberflächlich zusammenhalten.“ Und er erklärte, dass „Regelwert und Norm kostengünstig“ seien, wenn man 10 cm Deckschicht oder 4 cm Tragschicht und 4 cm

Deckschicht nehmen würde: „Aber nur in derselben Breite wie vorher.“ Gunnar Mehnert ergänzte, dass erste Tests mit Rasengitter-Randsteinen wohl positiv verlaufen wären. „Wer entscheidet, ob eine Straße breiter wird?“, wollte ein Bürger wissen. Lars Laußat verwies auf die Politik: „Jeder kann sich beteiligen.“

Aus der Versammlung kamen folgende Anregungen und Bedenken:

- Die Bankettpflege war in der Vergangenheit teurer als ein neuer Asphaltstreifen.
- Straßen zu schreddern, ist die schlechteste Lösung.
- Der jetzige Unterbau in Hinrichsdorf ist besser als der geplante.
- Straßensperrung kann nicht unser Bestreben sein.
- Die Stadt hat eine Verkehrs-Sicherungspflicht.
- Löcher entstehen zuerst in den Verbreiterungstreifen, warum ist das so? Es gibt scheinbar keine Verdichtung.
- Bei privaten Ausschreibungen sind die Arbeiten „wesentlich günstiger, vielleicht sollten wir die Straßen danach erst an die Kommune übergeben.“
- Nutznießer der Straßen Burg - Avendorf - Wulfen ist der Campingplatz. Aber die Landwirte müssen für die Straßen, die sie gar nicht nutzen, zahlen: „Da muss eine andere Umverteilung her!“
- Nicht ausschreiben, einfach machen!
- Besser zahlen alle, als einige.
- Bei der weiteren Betrachtung des Wegenetzes sollen die Dorfverbindungsstraßen oberste Priorität haben.
- Auch wenn Straßen zur Zeit zweitrangige Bedeutung haben, sollte auf die Fördermöglichkeit geachtet werden.
- Die Straße Gammendorf - Wenkendorf kann aus Mitteln der Flurbereinigung erheblich bezuschusst werden.
- Auf der Strecke Westermarkelsdorf - Altenteil -Wenkendorf fährt der Schulbus.
- Der Feuerwehrbedarfsplan muss dringend Berücksichtigung finden.
- Die Straße von Landkirchen nach Gammendorf sollte auf 5,50 Meter verbreitert werden, statt, wie geplant, nur auf 4,75 Meter.
- Wo fahren die Lkw beim Bau der festen Beltquerung entlang? Todendorf braucht während der Bauphase sicher eine zusätzliche Zufahrt.
- Wir sollten nichts streichen, es holt uns ein.
- Man kann nicht jemanden strafen, der Land abgeben soll und hinterher zahlen muss.
- Die Sorge wurde laut, dass die Verwaltung möglicherweise überlastet sein könnte.
- Wichtig wäre, dass die Banketten besser oder überhaupt ausgebaut werden.
- Viele Straßen sind zu schmal.
- Was kosten unterschiedliche Varianten in der Bankettpflege?
- Man sollte rechtzeitig wenigstens mal kleinste Löcher stopfen, im November, Dezember ist es zu kalt dazu.

- Vorschläge zu Finanzierungsmodellen wurden gemacht und sind sicherlich weiterhin gesucht. Manche Straßen wurden in Eigenleistung erbracht (Klingenberg) - gibt es Modelle, durch andere Vergabeverfahren die Kosten zu senken ? Vielleicht gibt es die Möglichkeit in einen Fond einzuzahlen.
- Die Gutachter und Vorschriften helfen uns nicht weiter, da aus der Erfahrung viele Straßen fast 50 bis zu 60 Jahre ohne große Unterhaltungsmaßnahmen gehalten haben.
- Warum funktioniert das „günstige“ Verfahren an einigen Stellen und an anderen nicht?
- Es wurde die Anregung gegeben, bei anderen Gemeinden nachzufragen, wie es dort gemacht wird.
- Andere Gemeinden können das und wählen die günstigste Erneuerungsform.

Aus Sicht einzelner Bürger wird nicht pragmatisch genug an die Sache herangegangen, es müssen andere Lösungen untersucht werden. Aus der Erfahrung hilft eine Reparatur der Straßen womöglich mehr als ein Neubau. Den Vorwurf der Veruntreuung müsse sich die Verwaltung dann sicherlich nicht gefallen lassen.

Als nächstes sollte über die Bedeutung von Wegen gesprochen werden und zwar mit allen Fraktionen, der Öffentlichkeit, und unter Beachtung der sonstigen allgemeinen Auflagen. Daraus lassen sich dann die notwendigen Maßnahmen auflisten und eine Prioritäten- bzw. Machbarkeitsliste aufstellen. Hierbei ist das Augenmerk vordringlich auf den motorisierten Verkehr zu richten. Zu beachten sind dabei die jeweilig bereitgestellten Budgets für z.B. den Betrieb, den Rückbau, die Erhaltung, Erneuerung, den Um- und Ausbau oder Neubau.

Die Nutzer der Straßen sind bei der Planung nicht außer Acht zu lassen: So wird auch der ZVO mit seinen Müllfahrzeugen als Verursacher für Straßenschäden angeführt.

„Straßenausbaubeiträge MÜSSEN NICHT erhoben werden. Politik ist veränderbar. Eventuell könnte man eine städtische Mini-Gesellschaft gründen, die Straßen für 1 € hin und her verkaufen.“ Eine Idee, die juristisch geprüft werden sollte, befand die Versammlung.

Gunnar Mehnert überlegte: „Wie finanzieren wir das ohne Straßenausbaubeiträge? Durch Fonds? Das wäre eine Idee für eine nächste Veranstaltung.“ Malte Riechey schlug vor, die Gewerbesteuer auf 380 Punkte zu erhöhen, und so die Finanzierung zu sichern: „Das belastet die Unternehmen überhaupt nicht, gibt nur mehr Einnahmen für Fehmarn und weniger Einkommenssteuer für Berlin!“ Auch eine Lkw-Maut für Fehmarn oder grundsätzlich Straßenbenutzungsgebühren für Fahrzeuge, die eine höhere Belastung ausüben, wurde angesprochen. Straßenprivatisierungen oder Gesellschaften für Anliegerstraßen, die dann „privat“ günstig erhalten und erstellen könnten, waren Ideen, die rechtlicher Überprüfung bedürfen.